

Demokratie in Gefahr?

Sozialwissenschaftliche Befunde und Impulse für die Politische Bildung

Axel Salheiser, Janine Patz

Einleitung

Mit Blick auf die Entwicklungen in der Corona-Pandemie, auf den Ausgang der Bundestagswahl im September 2021 sowie auf künftige, scheinbar unausweichliche ökologische Krisen globalen Ausmaßes drängt sich eine Frage immer deutlicher ins Bewusstsein: *Ist unsere Demokratie in Gefahr?* Gesellschaftspolitische Konflikte scheinen sich zuzuspitzen, die innere Einheit des Landes wirkt fragil und auch die Kluft zwischen Ost und West größer als noch vor wenigen Jahren. Der oft formulierten Forderung, die als stigmatisierend empfundene Vergleichsperspektive aufzugeben, stehen nicht nur die Ergebnisse langjährig wiederholter Befragungen zur Demokratiezufriedenheit, zum Vertrauen in die Politik, ihrer Akteur:innen und Institutionen entgegen (Arnold et al. 2015; Holtmann 2019). Auf Verhaltensebene sind die Unterschiede zwischen Ost und West bezüglich des Ausmaßes rechter und rassistischer Gewalt, demokratiefeindlicher Mobilisierungen und Wahlentscheidungen nicht von der Hand zu weisen.

Aktuell lässt der Blick auf Ostdeutschland

einmal mehr auf strukturell bedingte und verfestigte Disparitäten der politischen Kultur in Deutschland schließen. Im Osten mögen ähnliche oder gar identische Problemlagen wie in bestimmten Teilen Westdeutschlands existieren. Dennoch treten im Osten Demokratiedistanz und offene Ablehnung demokratischer Prinzipien deutlich gehäuft in Einstellungen und Handlungen zu tage.

Zurückzuführen ist dies nicht nur auf unterschiedliche kollektivbiographische Erfahrungen, Lebens- und Sichtweisen sowie quantitativ kaum erfassbare Strukturbedingungen in den Sozialräumen. Es scheinen unterschiedliche Verständnisse von Demokratie zu existieren, die bisher jedoch kaum systematisch erforscht wurden. Die deskriptischen Messungen zeigen jedenfalls: Die Kluft wird nicht kleiner, die Unterschiede verfestigen sich, das Misstrauen und die Distanz zum politischen System nehmen sogar zu (Bertelsmann Stiftung 2019). Es ist eine große Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Bundesrepublik, denn diese Disparitäten sind Ausdruck dafür, dass die demokratische Kultur in einigen Regionen beschädigt ist. Das zeigt sich be-



Axel Salheiser Dr. phil.,
kommissarischer wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaften (IDZ) und Sprecher des Teilinstituts Jena des BMBF-geförderten „Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (FGZ).

Janine Patz, M.A.,
wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena, arbeitet derzeit im FGZ-Projekt zu Internationalem Rechtspopulismus im Kontext globaler ökologischer Krisen.



reits darin, dass die landläufige Auffassung existiert, demokratisch sei das, was bei demokratischen Wahlen gewählt wurde. So gesehen zeugen die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 von einem Land mit einer regional unterschiedlichen demokratischen Kultur.

Die AfD und der Osten

In Ostdeutschland erfährt antidemokratische, rechtsradikale Politik nicht unerhebliche Unterstützung. Dies belegten bereits die Ergebnisse längst vorangegangener Wahlen und die Anzahl errungener Mandate rechtsradikaler und rechtsextremer Parteien (Republikaner, DVU und NPD) in vielen Kommunalparlamenten und Stadtteilvertretungen. Daran knüpfte die AfD seit ihrer Gründung 2013 maßgeblich an. Sie zog 2014 ins EU-Parlament ein, nachfolgend in alle deutsche Landesparlamente und 2017 erstmals in den Bundestag – mit großem Erfolg vor allem in Ostdeutschland. Dass die AfD bei der Bundestagswahl 2021 insgesamt keinen Stimmenzuwachs verbuchen konnte, sondern leichte Verluste hinnehmen musste, ist in erster Linie ihrem schlechten Abschneiden in den westdeutschen Bundesländern geschuldet. Im Osten hingegen konnte sie sich stabilisieren und teilweise noch einmal Stimmen hinzugewinnen. In Thüringen erhielt sie 24 Prozent der Zweitstimmen und Direktmandate in 4 von 8 Wahlkreisen. In Sachsen entschied sie sogar 10 der 16 Wahlkreise für sich (Bundeswahlleiter 2021).

Was aber macht den Erfolg der AfD im Osten aus? Seit ihrer Gründung als eine ethnozentrische „Ein-Themen-Partei“ mit Anti-EU-Argumentation hat sich die Partei inhaltlich rasch weiterentwickelt. Zu fast jeder politischen Position, die sie in ihrer national-autoritären Deutung als Ausdruck „linksgrünen Zeitgeists“ abwertet, bietet die AfD den schroffen Gegenentwurf: Von A wie Asyl, über C wie Corona, G wie Gender und K wie Klima bis Z wie Zuwanderung. Dies ermöglicht der Partei, Protestpotenziale zu kanalisieren. Die Unzufriedenheit gegen Regierungshandeln und gesellschaftliche Entwicklungen sowie das Misstrauen gegenüber „etablierten“ Parteien werden in eine Wahlentscheidung überführt: AfD aus Prinzip, als Ausdruck des allgemeinen „Wider-

stands gegen die Verhältnisse“. Gleichzeitig wird jede Kritik mit dem Argument zurückgewiesen, dass man ein demokratisches Recht auf Opposition und freie Meinungsäußerung habe.

Zu den Gründen, die AfD zu wählen, gehören neben der Ablehnung der Politik der demokratischen Parteien und geringem Vertrauen in die politischen Institutionen auch die weit verbreiteten ethnozentrischen (d.h. nationalistischen, migrationsfeindlichen bis kulturrassistischen) Einstellungen. In Ostdeutschland verkörpert die AfD die politische Kraft, mit der Wähler:innen ihre Ablehnung gegen die demokratische Praxis am wirksamsten zu artikulieren glauben (Richter/Salheiser 2021). Der Frust auf „Die da oben“ ist groß und das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit demokratischer Politik schwindet kontinuierlich. Die sozialstaatsnativistische Argumentation, nach der Solidarität zuerst bzw. exklusiv mit der national und ethnokulturell definierten Eigengruppe praktiziert werden sollte, fällt bei allen jenen auf fruchtbaren Boden, die sich selbst als die „Abgehängten“, die „Zukurzgekommenen“ sehen. Die Diskreditierung der vermeintlich gegen das eigene „Volk“ und den „gesunden Menschenverstand“ gerichteten Politik hat die AfD in der Asyl- und Migrationsfrage – gerade in Ostdeutschland – groß werden lassen. Wie die Einstellungsforschung seit Jahren zeigt, stimmt dort bis die Hälfte der Bevölkerung rassistischen, migrationsfeindlichen Aussagen zu und die Ablehnung der Zuwanderungs- und Asylpolitik der Regierung ist bei Weitem keine Minderheitenposition. Dabei muss davon ausgegangen werden, dass rassistische Ressentiments und eine abstammungsfixierte Volksidee in Ostdeutschland bis heute viel stärker konserviert wurden als in Westdeutschland. Auch dies hat der AfD den Weg zur zweitstärksten, in manchen Regionen sogar zur stärksten Partei geebnet (Salheiser 2021). So wird die AfD ganz wesentlich nicht aus „Protest“ und *trotz* ihrer, sondern *wegen* ihrer inhaltlichen Positionen gewählt. Bei einem Teil der Wähler:innen konnte sich die Partei, als „bürgerliche“ und „einzig wahre demokratische“ Opposition darzustellen. Neben der Mobilisierung von Nicht- und Wechselwähler:innen aus dem demokratischen Parteienspektrum gelang es zudem, das Wähler:innenpotenzial der NPD und anderer extrem rechter Parteien fast vollständig

aufzusaugen (Richter et al. 2022). Teile der verfestigten rechtsextremen und neonazistischen Szene, die jahrzehntelang bagatellisiert und immer wieder als unliebsame Randerscheinung abgetan wurde, haben mit der AfD ihre Repräsentantin in den Parlamenten gefunden.

Die Mobilisierung gegen „das System“

Seit Anfang der Corona-Pandemie hat die AfD versucht, das Thema populistisch zu instrumentalisieren. Ihre Darstellung der Pandemie-Bekämpfungsmaßnahmen bzw. der staatlichen Corona-Krisenpolitik als fehlgeleitet und schädlich reiht sich nahtlos in ihre generalistische Kritik am Regierungshandeln und am politischen System der Bundesrepublik ein. Aus Befragungen ist bekannt, dass AfD-Wähler:innen häufiger die Pandemie-Maßnahmen, die Hygiene-Auflagen und die Impfungen ablehnen. Sie hängen häufiger wissenschaftsskeptischen und verschwörungsideologischen Deutungen an – inklusive eines tiefen Misstrauens in die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über das Pandemiegeschehen. Eine Befragung des Instituts Forsa zeigte, dass 50 % der Ungeimpften die AfD gewählt haben. Die Querdenker-Partei „Die Basis“ wurde von weiteren 15 % gewählt (RND 2021). Die AfD übernahm die Narrative der „Querdenker:innen“ und „Impfgegner:innen“ frühzeitig und repräsentiert diese Positionen nicht nur auf parlamentarischer Ebene.

Was sich schon ab 2015 im Kontext der asylfeindlichen Mobilisierungen offenbarte, als AfD und „GIDA“-Bewegungen sich gegenseitig stützten, zeigt sich verstärkt im Rahmen der Proteste gegen staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie (Salheiser/Richter 2020). So sprach kurz vor der Bundestagswahl der Thüringer AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke am 13. September 2021 einmal mehr bei PEGIDA in Dresden. Dort erntete er für Aussagen wie die folgende starken Beifall: „Es gab im Zusammenhang mit Corona niemals eine epidemische Lage nationaler Tragweite. Das war eine Lüge.“ Höcke bezeichnete die Impfung als „Gentherapie“, derer man sich als „aufrechte Demokraten“ und „Freiheitshelden“ erwehren müsse.¹

Ob Asylpolitik oder Corona-Maßnahmen: Die AfD setzt auf verschwörungsideologische, antidemokratische Erzählungen. Diese sind weit verbreitet in der Szene der „Querdenker“ und Impfgegner:innen, in der sich ein Schulterchluss mit „Reichsbürgern“ und Neonazis längst vollzogen hat (Kleffner/Meisner 2021). Schon im Frühjahr 2020 waren derartige Tendenzen bei den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen erkennbar (Salheiser/Richter 2020). Bei öffentlichen Demonstrationen und Kundgebungen wurde nicht nur Kritik, Unbehagen oder Unmut geäußert. In wütenden, polemischen Reden waren verschwörungsideologische und antisemitische Schlüsselbegriffe wie „Corona-Diktatur“, „Plandemie“, „Neue Weltordnung“ und „Großer Austausch“ zu hören. Zu beobachten waren u.a. schwarz-weiß-rote Fahnen, eindeutige neonazistische Symbole und Protagonist:innen aus der rechtsradikalen bis rechtsextremen Szene. Unter ihnen Akteur:innen aus dem Umfeld der AfD, der NPD, anderer neonazistischer Kleinstparteien und Bewegungen wie den „Reichsbürgern“ oder den „Freien Sachsen“. Viele von ihnen taten sich bereits im Kontext der rassistischen Anti-Asyl-Agitation hervor (ebd.). Bei den Protesten sind die Übergänge zur Inszenierung einer völkischen Erhebung fließend. Sie werden plastisch, wenn sich Rentner:innen oder Personen mit Kinderwagen von Neonazis und Hooligans den Weg durch die Polizeiabsperrungen bahnen lassen und dabei Beamt:innen oder Journalist:innen als „Systemscherger“ anfeinden und tätlich angreifen. Was alle Protestbeteiligten eint, ist das vertiefte Misstrauen in staatliche Institutionen, demokratische Akteur:innen und deren Politik (Reichardt 2021).

Im Winter 2021/22 ist die Anzahl der wöchentlichen, meist unangemeldeten Demonstrationen, die von den Organisierenden und Beteiligten verharmlosend als „Spaziergänge“ beworben werden, so stark angestiegen, dass für Deutschland bisher keine flächendeckende Statistik existiert. Den Ankündigungen und Teilnahmeaufrufen in den sozialen Medien zufolge könnten im Februar 2022 rund 3.000 unterschiedliche Protestaktionen pro Woche mit insgesamt mehreren 10.000 Teilnehmenden im gesamten Bundesgebiet stattgefunden haben.

Der „Widerstand gegen das System“ inszeniert sich als „basisdemokratischer Protest“. Gleichzeitig wird sich maßloser Vergleiche mit den Opfern der Shoa und des Nationalsozialismus bedient und versucht, sich in die Tradition der DDR-Bürgerrechtsbewegung zu stellen („Wir sind das Volk“). Immer noch werden jene geschichtsrelativierenden Diktaturvergleiche und die in den Narrativen der Protestbewegung mitschwingenden *völkischen* Elemente von einigen demokratischen Politiker:innen heruntergespielt. Reflexartig wird angemahnt, dass man die Demonstrationsteilnehmenden nicht pauschal als rechtsradikal abstempeln dürfe; man müsse ihre Ängste und Sorgen ernstnehmen. So trivial solche Aussagen sind, sie verhindern eine kritische Auseinandersetzung mit offenbaren Defiziten der politischen Kultur. Denn dass sich „besorgte Bürger“ mit Rechtsextremen unterhaken und den Transport entsprechender Inhalte verstärken, wurde in Ostdeutschland über viele Jahre eingeübt. Die Corona-Proteste stellen nur einen weiteren Kulminationspunkt einer langfristigeren gesellschaftlichen Entwicklung dar (Richter/Salheiser 2021).

Die angegriffene Demokratie

Wenngleich sich nach wissenschaftlichen Erkenntnissen nur eine Minderheit der Bevölkerung radikalisiert hat, ist die gesamte Entwicklung des Protestgeschehens besorgniserregend. Die gewalttätigen Angriffe auf Ordnungskräfte, auf Journalist:innen und auf medizinisches Personal, die Anfeindungen gegen Menschen aus Politik, Wissenschaft und kommunaler Verwaltung folgen auf eine bereits seit Jahren grassierende Welle von Hass und Hetze im Netz, die sich gegen Engagierte, gegen Migrant:innen, gegen Frauen und weitere gesellschaftliche Gruppen richtet. Wie groß die Gefahr ist, dass sich Menschen in diesem gesellschaftlichen Klima radikalieren und bis zum Äußersten gehen, hat der Mord an dem jungen Tankstellen-Mitarbeiter in Idar-Oberstein im September 2021 gezeigt. Es äußerte sich auch in mehreren Brandanschlägen auf Impfzentren und das Robert Koch-Institut sowie in unzähligen Morddrohungen gegen Ärzt:innen.

Das Potenzial für weitere Gewalttaten ist hoch. Wie zuvor bei den rechtsterroristischen An-

schlägen in den letzten Jahren (Köhler 2019) existiert ein gesellschaftlicher Nährboden, der eine Radikalisierung begünstigt und entsprechende Gelegenheitsstrukturen eröffnet. Ein wesentlicher Faktor dafür ist die kommunikative und epistemische Abschottung der Milieus, in denen „alternative Wahrheitsfindung“, Feindbildkonstruktionen, sowie legitimierende „Notwehr“- und „Widerstands“-Erzählungen zum Dreh- und Angelpunkt von gruppendynamischen Prozessen der kollektiven Identitätsstiftung werden.

Die Desinformation und Hetze zur Corona-Pandemie findet vor allem in den sozialen Netzwerken, z.B. *Telegram*, auf Videoplattformen und in den sogenannten „alternativen Medien“ statt. Von dort wird sie auf die Straßen und Plätze getragen. Analysen zeigen, dass sich die Online-Netzwerke der „Querdenker“, Corona-Leugner:innen und Impfgegner:innen seit Beginn des Jahres 2020 rasant ausgebreitet haben (Richter/Salheiser 2020). Im Zentrum dieser Kommunikationszusammenhänge stehen reichweitenstarke Akteur:innen: oftmals bekannte „neurechte“, verschwörungsideologische und antisemitische Influencer:innen sowie „alternative“ Medienkanäle. Sie agitieren bereits seit Jahren gegen demokratie-relevante Themen und gegen missliebige Personen aus Politik und anderen Bereichen des öffentlichen Lebens. Sie liefern damit die geistige Munition für einen „Aufstand der Empörten“ in einer sich spaltenden Gesellschaft, in der nicht einmal mehr eine gemeinsame Faktenbasis besteht, sondern generalisiertes Misstrauen, Wissenschaftsskepsis und Faktenignoranz um sich greifen (Lamberty/Nocun 2020). Die gesellschaftliche Polarisierung und Stärkung derart „widerständiger“, für antidemokratische Mobilisierung anfälliger Milieus ist bereits tief in den Alltag vorgedrungen.

Die Proteste der vergangenen Jahre, erst gegen die Asylpolitik und nun gegen die Corona-Maßnahmen offenbaren die grundsätzliche, große Distanz gegenüber demokratischen Prozessen und die Ablehnung staatlichen Handelns. Das Protestthema wird austauschbar, wenn „der Politik“ unablässig eine grundlegend negative und „volkschädliche“ Motivation unterstellt wird. Die kollektiv eingeübte Gegnerschaft zum demokratischen Herrschaftssystem – samt seiner Repräsen-

tant:innen – ist damit auf andere Themen übertragbar und wird gesellschaftlichen Konflikten in naher Zukunft erhöhte Brisanz verleihen. Wer beispielsweise für das Projekt einer ökologisch-sozialen Transformation als Antwort auf den Klimawandel werben möchte, muss sich auf das erhöhte Misstrauen in Teilen der Bevölkerung und den wachsenden Widerstand einstellen, der in antidemokratischen Protestmilieus (online und offline) organisiert wird. Dies stellt auch eine große Herausforderung für die Politische Bildung dar, deren Aufgabe darin besteht, Bürger:innen zur Teilhabe am demokratischen Diskurs zu befähigen und damit ihre politischen Selbstwirksamkeitserfahrungen bei der gemeinsamen Bearbeitung komplexer gesellschaftlicher Probleme zu erhöhen.

Anmerkungen

- 1 Quelle:
<https://www.youtube.com/watch?v=w70F5Q16zN8> [02.02.2021].

Literatur

- Arnold, Felix; Freier, Ronny; Kroh, Martin (2015): Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung? DIW Wochenbericht, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 82, No. 37, S. 803-814.
- Bertelsmann Stiftung (2019/Hrsg.): Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien: Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Gütersloh. [Online]
- Bundeswahlleiter (2021): Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen. Wiesbaden. [Online]
- Holtmann, Everhard (2019/Hrsg.): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland. Frankfurt a.M. und New York. Campus.
- Kleffner, Heike; Meisner, Matthias (2021/Hrsg.): Fehlender Mindestabstand: Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde: Freiburg i.Br.: Herder.
- Köhler, Daniel (2019): Rechtsextremer „Schwarmterrorismus“? Erklärungsansätze für Entwicklungen extrem rechter Gewalt und Terrorismus in Deutschland. In: Wissen schafft Demokratie, Band 6. Schwerpunkt Rechtsterrorismus, S. 142-157. [Online]
- Lamberty, Pia; Nocun, Katharina (2020): Fake Facts: Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen. Berlin: Quadriga.
- Reichardt, Sven (2021/Hrsg.): Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“. Frankfurt a.M. und New York: Campus.
- Richter, Christoph; Salheiser, Axel (2020): Factsheet: Proteste in der Corona-Pandemie: Gefahr für unsere Demokratie? Jena: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. [Online]
- Richter, Christoph; Salheiser, Axel (2021): Die Corona-Pandemie als Katalysator des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Thüringen, Deutschland und Europa? In: Wissen schafft Demokratie, Band 9: Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, S. 76-87. [Online]
- Richter, Christoph; Salheiser, Axel; Quent, Matthias (2022): Demokratie auf dem Rückzug? Die Ursachen der Wahlerfolge der AfD in Thüringen und zur Bundestagswahl 2017. In: H.U. Brinkmann/K.-H. Reuband [Hrsg.]: Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung. Springer VS: Wiesbaden, im Erscheinen.
- Richter, Christoph; Wächter, Maximilian; Reincke, Jost; Salheiser, Axel; Quent, Matthias; Wjst, Matthias (2021): Politische Raumkultur als Verstärker der Corona-Pandemie? Einflussfaktoren auf die regionale Inzidenzentwicklung in Deutschland in der ersten und zweiten Pandemiewelle 2020. ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 2/2021, S. 1-39. [Online]
- Salheiser, Axel (2021): Welche Akzeptanz hat die repräsentative Demokratie in Ostdeutschland? In: Kowalczyk, Ilko-Sascha; Ebert, Frank; Kulick, Holger (Hrsg.): (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes. Teil II: Gegenwart und Zukunft. Berlin/Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 343-357.

Salheiser, Axel; Richter, Christoph (2020): Die Profiteure der Angst? Der Rechtspopulismus und die Covid-19-Pandemie in Europa: Deutschland. Paris: Friedrich-Ebert-Stiftung. [Online]

Salheiser, Axel; Richter, Christoph (2021): Die Bundestagswahl 2021 in Thüringen: Rechtsradikalismus und regionale politische Kultur. In: Wissen schafft Demokratie. Band 10. Schwerpunkt Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus, Jena, S. 50-63. [Online]